

Ortschaftsrat der OT Bufeßen, Hausen, Pfullendorf
der Gemeinde Nesselal
Karl-Marx-Straße 5
99869 Nesselal

Thüringer Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Frau Ministerin Heike Werner
Werner-Seelenbinder-Str. 6
99096 Erfurt

Bufeßen, den 29.06.2021

Offener Brief zu Schlussfolgerungen aus der Pandemie für die Politik

Sehr geehrte Frau Ministerin,

im Auftrag des Ortschaftsrates übersende ich Ihnen, in Form eines „Offenen Briefes“, unsere Gedanken zu Folgen aus der Pandemie für die Politik in Thüringen und darüber hinaus. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Gedanken und Folgerungen, zu den dargelegten Sorgen unsererseits, in absehbarer Zeit zukommen lassen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Heiko Stipek
Ortschaftsbürgermeister, Gemeinderatsmitglied und
Mitglied des Kreistages des Landkreises Gotha

Offener Brief aktiver und ehemaliger Kommunalpolitiker des Ortschaftsrates der Ortsteile Buflieben, Hausen und Pfullendorf der Gemeinde Nesselal zu Folgen aus der Pandemie für die Politik

Sehr geehrte Frau Ministerin Werner,

wir sind Bürgerinnen und Bürger, die seit mehr als zehn Jahren als „Freie Wähler“ in der Kommunalpolitik zusammenarbeiten. Aus der Gewohnheit, auch über den Tellerrand kommunaler Interessen zu blicken, verfolgen wir die Bemühungen der Politik aller Ebenen, diese Jahrhundert-Krise in den Griff zu bekommen.

Wir erinnern die Erkenntnis, wie schwer es die Komplexität gesellschaftlicher Prozesse der Politik macht, zumal bei einer solchen Pandemie, umgehend zwingend richtige politische Entscheidungen abzuleiten.

Allerdings folgt bereits daraus eine Forderung an die Politik: ihre Entscheidungen in der einfachsten, klarsten und verständlichsten Form darzustellen. Damit sind wir an einem wesentlichen Punkt unserer politischen Sorgen. Die positive Entwicklung der Impfkampagne, die sich in Hoffnungen und Erwartungen in der Bevölkerung festsetzt, diesen Sommer und die Zeit danach betreffend, lässt sich so ausdrücken: zurück zu meinem, zu unserem alten Leben!

Dieser Trend hat das Zeug, durch Entwicklungen auf der Bundesebene, noch befeuert zu werden, nämlich die bevorstehende Bundestagswahl am 26. September. Die zunehmende Fokussierung aller Parteien auf dieses Datum, wahrscheinlich auch die Wahl des neuen Thüringer Landtags, hat Nebenwirkungen.

Die Politik konzentriert sich darauf, den Blick `nach vorn` zu richten. Man will wieder `Zukunft` gestalten. Dabei stets auch die Parallelität erfolgreichen Impfverlaufs im Blick habend und dies auch immer wieder betonend!

Geimpfte sind bekanntlich auch Wähler!

Unsere Besorgnis dabei? Aus dem Blick könnten zwei verknüpfte Forderungen an die Politik geraten. Zum einen die Notwendigkeit der Aufarbeitung auf allen Entscheidungsebenen, was und warum in dieser Pandemie nicht richtig entschieden, einseitig favorisiert, teils falsch gehandhabt wurde und warum? Zum Anderen diese Krise auch als Chance der Politik zu begreifen, derart: keine bloße Rückkehr zur alten Normalität!

Albert Einstein hat mit dem Gedanken recht, dass in der Mitte der Schwierigkeiten die Möglichkeiten liegen. Für die Politik aller Ebenen bedeutet das nichts anderes, als die Schwachstellen der alten Normalität aufzudecken, sofern sie nicht durch die Krise bereits an die Oberfläche gespült wurden und Schritt für Schritt auszumerzen!

Hierzu hätten wir ein paar Überlegungen.

Wir beginnen nicht im Kleinen, sondern setzen weit oben an. Machte die Pandemie nicht deutlich: Es sind die `Weichteile` der Gesellschaft, die systemrelevant sind! Ist es nicht an der Zeit, den Wert der „Arbeit“ nicht alleinig an dessen geldwerten Vorteil, sondern auch an ihrer sozialen und gesellschaftlichen Wirkung sowie Bedeutung zu messen? Daraus würde folgen, diese dauerhaft besser zu entlohnen, statt nur einer "würdigen" Sonderzahlung sowie einer kurzzeitig medial unterfütterten Aufmerksamkeit?

Worauf weist uns die Pandemie noch hin? Sie hat die Gesellschaft als Ganzes „angegriffen“. In einer funktionierenden Demokratie, zudem noch in einem föderalen Staatsgefüge, wie dem unsrigen, stellt sich die Frage: Sind die politischen Entscheidungsmechanismen existenziellen Krisen gewachsen? Aus den Erfahrungen des letzten Jahres folgt hieraus keine alleinig positive Antwort. Und kommen zur Kommunikation zwischen Politik und uns Bürgerinnen und Bürgern. Der ahnungsvolle Satz von Gesundheitsminister Spahn im vergangenen Jahr, dass eine Zeit kommen wird, wo wir uns viel zu verzeihen haben werden, nahm vorweg, was auf der Regierungsbank einsichtig war:

Man befand sich in einer Zeit, in der Politik eben nicht nur von begründeter Erkenntnis, sondern eben auch von Versuch und Irrtum geleitet war! Gehen wir in unseren Lebensalltag, so sind wir mit der Entscheidung des Bundestages zur Verlängerung der besonderen epidemischen Situation auf der einen und den aktuell geltenden, neuen Infektionsschutzregelungen in Thüringen, konfrontiert. Die Entscheidung des Bundestages hat eine zwingende Logik. Nur wird diese nicht allein dadurch einsichtig, weil sie logisch ist. Sie muss erklärt werden! Würde bedeuten: Man weist darauf hin, damit die erstrebte Herdenimmunität sicher erreichen zu können. Könnte motivieren, mit den Hygieneregeln noch eine Weile leben zu wollen, würde da nicht vielstimmig z.B. das Tragen von Masken, aufgrund deutlich fallender Inzidenz, infrage gestellt.

Die Richtigkeit politischer Entscheidungen wird, durch den Chor differenzierter politischer Interessen im beginnenden Wahlkampf, entkräftet, und so nicht kommunizierbar! Eine abschließende Sorge: Politik muss mit ihren aktuellen Entscheidungen nicht primär eingrenzen, sondern Perspektiven aufmachen! Sehen wir in besagte aktuelle Infektionsschutzregeln in Thüringen dann ist da eine Grenze von unter 35 benannt. Was heißt unter 35 konkret? Wie weit gelten besagte Festlegungen unter 35, wenn wir uns auch in Thüringen bereits unter 10 bewegen? Sollte der Mut von Politik nicht darin bestehen, statt von starren Regelungen, mehr von Empfehlungen zu sprechen? Es geht darum, die Freiheit der Bürger nicht unnötig länger durch eine Politik einzugrenzen, die in den vergangenen Monaten oft von der Sorge vor Unwägbarkeiten gespeist war. Gestaltungskraft bekommt Politik jedoch nur, wenn, wie schon angemerkt, dies in der einfachsten, klarsten und verständnisvollsten Form kommuniziert wird.

Es gilt die schlichte Wahrheit: Politische Entscheidungen werden nur dann nachhaltig wirksam, wenn diese von den Menschen, die ja davon betroffen sind, verstanden und darauf gründend aktiv mitgestaltet werden.

Deshalb darf die angemahnte Aufarbeitung der Schwachstellen in dieser Pandemie nicht in `politischen Hinterzimmern`, sondern muss im offenen Dialog mit uns, den Bürgerinnen und Bürgern, realisiert werden!

Diese Entscheidung der Politik wäre die sichtbarste erste wichtige Schlussfolgerung auf die wir warten, weil die letzten Monate zeigten: Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, auch existenzielle Krise genannt, kann nicht über die Köpfe der Menschen hinweg bewältigt werden, sondern nur mit ihnen und das auf Augenhöhe! Diesem Zweck dient dieser offene Brief – eine Debatte anzustoßen, weil gilt: nur wenn man einen Stein ins Wasser wirft, werden sich ausbreitende Kreise erzeugt.